

2. Mitgliederversammlung „Netzwerk Grundeinkommen“

2. Tag Sonntag, 27.11.05, Berlin

SOZIALFORUM Robert Ulmer Präsenz mit 3 Workshops. Schwierigkeit Denke „Arbeit für Alle“. Erfolg: Diskussion, Begriff „Grundeinkommen“ in der Abschlusserklärung vorhanden.

KONGRESS WIEN Ronald Blaschke www.grundeinkommen2005.org Einschätzung Ö: „Klasse“! Über 300 anwesend! Publikation soll als Print herauskommen. Gute Vernetzung mit Ö und CH. Vorstellung für 2007 deutschsprachiger Kongress in Basel? Funke übergesprungen auf Jugend. Aufbruchstimmung.

Anne Allex: kritisch: mangelnde Abgrenzung gegenüber Grundsicherung.

JUGENDKONGRESS Katja Kipping www.futureweekend.de Findet vom 17. bis 19. 3. in Berlin statt. Multiplikatorenworkshop wird durchgeführt. Multiplikatoren stärken – besonders die, die Gegenwind aus ihren Organisationen bekommen. Weiterbildung geplant und finanziell gesichert.

MEDIENPRÄSENZ hat zugenommen. Debattenreihen im Neuen Deutschland, Jungle World, Sozialismus, Utopie Kreativ, Frankfurter Rundschau, Stuttgarter Zeitung, brandeins, Interviews in kleineren Radios. Götz Werner Anzeigenkampagne, überraschende Artikel

FINANZEN Stand € 294,- Ausgaben über 2.000,- € - die meisten Kosten Reisekosten. Mitgliedsbeiträge? Tendenz nein wg. Verwaltungskosten. Viele tragen ihre Kosten selbst. Fundraising-Fachleute wären gefragt. Freiwillige Mitgliedsbeiträge als Spenden? Diskussion: Möglichkeit im Aufnahmeantrag eines freiwilligen Beitrages vorsehen. Als Spende!

FÖRDERVEREIN? Robert Ulmer: Vorbereitung einer Vereinsgründung vorhanden. Peter Scharl: Danke für die Vorbereitung der Satzung. Abstimmung: Weiterverfolgung einer Vereinsgründung ohne Gegenstimme angenommen.

MITGLIEDERENTWICKLUNG: Ronald Blaschke: nach Wien starke Aufwärtsentwicklung, Mitglieder über 300, Newsletterempfänger über 1.000.

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT: Liste verteilt, Rückseite: Beirats-Konzept. Vorschlag: Zuerst Diskussion Warum, Wozu. Katrin Mohr: Soll eine beratende Funktion haben, durchaus auch kritisch. B-Mitglieder sollen dem BGE wohlwollend gegenüberstehen. Wolfram Otto: B. soll Rat erteilen. Anne Allex: B. muss die Kriterien unterstützen. Ingrid Wagner: Ging davon aus, dass der Beirat die 4 Kriterien unterstützt. Christian Brütt: B. soll Idee positiv befördern. Wieviel Spannung vertragen wir in einem B.? Katja Kipping: Wir wollen eine demokratische „Kulturrevolution“! Dafür brauchen wir Multiplikatoren. B. soll mit namhaften Leuten besetzt sein. Der B. soll eine Vorfeldfunktion haben. Günter Sölken: Wir sollten „überzeugen“, wir müssen auch Gegner ernst nehmen! Müssen zeigen dass wir bei Diskussionsformen tolerant sind. Peter Scharl: B.-Bestellung so beschlossen auf der letzten MV. Markus Schlegel: Institutionelle Rückbindung gefordert. Robert Ulmer: In Einzelfällen müssen wir auf „die Grenze“ achten. Ingmar Kumpmann: Bei Leuten die wir reinholen müssen wir auf die Außenwirkung achten. Katrin Mohr: es gibt durchaus gute Gründe, die umstrittene Person im Beirat zu haben, anerkenne aber symbolische Schwierigkeit. Funktion der B.-Mitglieder soll hauptsächlich beratend sein. Harald Rein: Ein Teil der Mitglieder hat Feindbilder. Ich will keinen dabei haben der andere Meinungen vertritt, z. B. Grundsicherung etc. Ingrid Wagner: Vorstellung der B-Mitglieder vor Berufung muss sein. Ragnar Schluchtmann: Brauchen wir 28 Leute im Beirat? Lieber kleinerer innerer Zirkel. Christian Brütt: Breite Außenwirkung nötig. Katja Kipping: Wir brauchen Auszeit zur Beratung des SprecherInnenkreises.

Der SprecherInnenkreis legt einen Änderungsantrag zum Beiratskonzept und zum Berufungsverfahren vor.

Änderungsantrag: Verfahrensvorschlag ersetzt die letzten beiden Sätze des vorgelegten Beiratskonzepts. In Zeile drei wird „eines Grundeinkommens“ in „des Grundeinkommens“ abgeändert.

Der Verfahrensvorschlag lautet:

1. Vorschläge für Berufungen können von allen Mitgliedern gegenüber dem SprecherInnenkreis unterbreitet werden.
2. Über die Vorschläge wird auf einer öffentlichen SprecherInnenkreissitzung beraten.
3. Um interessierten Mitgliedern eine Teilhabe an der Beratung zu ermöglichen, wird über Ort und Zeitpunkt der SprecherInnenkreissitzung rechtzeitig (mind. 14 Tage vorher) auf der Homepage und über den E-Mailverteiler informiert.
4. Die SprecherInnen sind auf Anfrage selbstverständlich auskunftspflichtig gegenüber den Netzwerkmitgliedern über die für die Beratung vorgeschlagene Person.
5. Die Berufung erfolgt im Benehmen mit den anderen Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats durch den SprecherInnenkreis.

Abstimmung des Antrags: Änderungen vorgestellt. Diskussion: *Markus Schlegel:* Längere Vorlaufzeit. Sprecher auskunftspflichtig gegenüber Mitgliedern. ????? Abstimmung für mich nicht möglich, weil ich die B.-Mitglieder nicht kenne. *Olaf Ostertag:* Wissenschaftler lassen sie sich nicht wählen, sie werden berufen. *Christian Brütt:* Intern können wir abstimmen. *Robert Ulmer:* Neues Verfahren stärkt das demokratische Verfahren.

Geänderter Vorschlag bei drei Enthaltungen ohne Gegenstimme angenommen.

Antrag zur vorgelegten Beiratsliste: *Hinrich Garms:* Für die vorliegende Liste soll das Verfahren des vorherigen Beschlusses angewendet werden, d.h. SprecherInnenkreis entscheidet in einer Netzwerk-öffentlichen Sitzung in frühestens 14 Tagen über die Berufung des Beirats. *Ingmar Kumpmann* stützt den Antrag von Hinrich.

2. Antrag von Peter Scharl: Die Berufung des Beirats erfolgt jetzt durch die MV mit der Möglichkeit, später einzelne Personen durch den SprecherInnenkreis wieder abzubrufen.

Abstimmung für 1. Antrag: 12 Stimmen pro, 1 Enthaltung

Abstimmung für 2. Antrag: 16 Stimmen pro, 1 Enthaltung

Antrag von Katrin Mohr, die vorliegende Berufungsliste (ohne G. Schmid) anzunehmen
Abstimmung: 17 Stimmen pro, 6 contra, 6 Enthaltungen

Antrag zur Öffentlichkeit von SprecherInnenkreissitzungen:

Ingmar Kumpmann: Sitzungen des SprecherInnenrates sollen in Zukunft öffentlich sein.

Ohne Gegenstimmen angenommen.

Homepage: *Katrin Mohr:* Unterstützung bei der Pflege und Verbesserung der Homepage gesucht. Detlef Spandau kennt die Software typo 3 gut und bietet Unterstützung an.

Günter Sölken: Bittet um Unterstützung für den Newsletter. *Ragnar Schluchtmann* sagt zu.

ARCHIV GRUNDEINKOMMEN: *Katrin Mohr*: Leider musste Wolfgang Röhrig gehen, er wollte eigentlich das Archiv Grundeinkommen vorstellen. Die Seite www.archiv-grundeinkommen.de ist eigenständig, aber in die HP des Netzwerks Grundeinkommen eingebunden. Enge Kooperation. Aufruf, Archiv zu nutzen und Beiträge an Wolfgang Röhrig zu schicken.

PERSPEKTIVEN:

Ronald Blaschke: Kongress 2007 in Basel? Unterstützung durch Netzwerk
Ohne Gegenstimme, 4 Enthaltungen

Anne Allex: Unterstützung ideell für Kongress „Die Kosten rebellieren“ zu Grundeinkommen und soziale Bewegungen in Europa Ende April 2006 in HH
Ohne Gegenstimme, 2 Enthaltungen

Öffentliche Erklärung:

Robert Ulmer: Stellt Papier über aktuelle Tendenzen der Sozialpolitik vor, siehe Anlage.

Ronald Blaschke: Erklärung soll sich an unseren vier Kriterien abarbeiten.

Ingmar Kumpmann: Grundsätzlich einverstanden, wie soll's geschehen?

Ronald Blaschke: Innerhalb von 5 Tagen an vier Kriterien abarbeiten und dann veröffentlichen.

Christian Brütt: Eigene Grundlage immer wieder stärken. Aktuell bleiben.

Abstimmung: Bei 2 Enthaltungen Ronald's Vorschlag angenommen.

Nächste MV:

Peter Scharl/Christian Brütt: Zeitliche Vorgaben verändern, mehr Zeit für Perspektiven und künftige Arbeitsschwerpunkte einplanen.

Mehrere: Öffentliche Diskussion verstärken. Weniger Vorträge mehr Diskussion.

Themenvorschläge: Vorstellung und Diskussion aktueller Modelle, schwerpunktmässig auf Umsetzungsmöglichkeiten. Ursachen der Ablehnung des BGE herausfinden. Auch als Medium zur Diskussion untereinander. *Mehrere*: Inhaltliche Themen und Vorträge sehr wichtig, nicht nur Organisatorisches.

Sonstiges:

Peter Scharl: FORUM wieder als LINK in die HP.

Detlef Spandau: „Grundeinkommen on Tour“

Veranstaltungen in versch. Städten durch ganz Deutschland organisieren. Mitmacher sollen sich melden: detlef.spandau@gmx.net

Peter Scharl: Eventuell Zusammenarbeit mit „OMNIBUS für direkte Demokratie“?

Danksagung an Christian Brütt für die Zurverfügungstellung der Räume.

Protokoll: Peter Scharl

Anlagen:

1. Erklärung zu aktuellen Tendenzen der Sozialpolitik
2. Erklärung zum Arbeitszwang
3. Liste der TeilnehmerInnen

Anlage 1: Erklärung des Netzwerks Grundeinkommen zu den aktuellen Tendenzen der Sozialpolitik

Seitdem bekannt ist, dass die Kosten für das Arbeitslosengeld II höher als geplant sind, wird in der Öffentlichkeit wieder verstärkt über Leistungsmissbrauch bei ALG II-Beziehern diskutiert. Dabei scheute der ehemalige Wirtschaftsminister Clement nicht einmal davor zurück, ALG II-Empfänger als "Parasiten" zu bezeichnen. Inzwischen werden insbesondere junge Menschen, die bei ihren Eltern ausziehen möchten, dazu aber auf Sozialleistungen angewiesen sind, zunehmend öffentlich verunglimpft. Die immer wiederkehrende Debatte über "Sozialschmarotzer" führt dazu, dass Empfänger der Grundsicherung unter Generalverdacht geraten, und soll dazu dienen, die ökonomisch Schwächsten der Gesellschaft noch stärker unter Kontrolle zu stellen.

Entsprechend enthält auch der Koalitionsvertrag, welcher Grundlage für die Arbeit der neuen Regierung sein soll, das Ziel, vor allem die Kontrolle der Einkommensschwachen zu verschärfen, z.B. Telefonkontrollen auszuweiten, Erwerbslose durch einen Außendienst zu überwachen oder durch eine Verbesserung der Zusammenarbeit der Behörden Kontroll-Lücken zu schließen. Zwar soll das ALG II im Osten auf Westniveau erhöht werden, was positiv zu beurteilen ist. Insgesamt soll jedoch beim ALG II Geld eingespart werden, was nur durch Kürzungen bei den bedürftigen Erwerbslosen möglich sein wird. Jungen Menschen unter 25 Jahren soll der Auszug von den Eltern erheblich erschwert werden. Damit werden familiäre Abhängigkeiten verstärkt und der Weg junger Menschen in ein eigenverantwortliches Leben erschwert.

Alle diese Maßnahmen stehen im direkten Widerspruch zu unserem Ziel eines Grundeinkommens, das allen Menschen ein würdiges, von staatlicher Kontrolle freies Leben ermöglichen soll, und welches als individueller Rechtsanspruch gerade darauf zielt, finanzielle Abhängigkeiten innerhalb der Familien zu verringern.

Wir protestieren dagegen, dass in einem Land, das so reich ist wie nie zuvor, wieder eine Kampagne gegen die Schwachen gestartet wird, und dass ausgerechnet wieder bei Menschen mit geringem Einkommen gestrichen werden soll.

Anlage 2: Erklärung zum Arbeitszwang

Grundeinkommen statt Arbeitszwang

Im Namen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden die ökonomisch Schwächeren immer härteren Zumutungen ausgesetzt. Dies verstößt nicht nur gegen die Menschenwürde sowie gegen fundamentale Freiheitsrechte, sondern ist überdies ökonomisch widersinnig. Denn wachsende Produktivität der Arbeit ermöglicht steigenden Wohlstand für alle und macht Arbeit immer überflüssiger. Deshalb kann die Vermehrung von Arbeit und Beschäftigung kein sinnvolles gesellschaftliches Ziel sein. Die unter Rot-Grün ("Hartz IV") vorangetriebenen Reformen, die unter der großen Koalition fortgesetzt werden, zwingen diejenigen, die für die Arbeit eher überflüssig sind, dazu, gegen andere (potenziell) Überflüssige um immer überflüssigere Arbeit immer härter zu konkurrieren. Ergebnisse dieser staatlich verursachten Unterbietungskonkurrenz sind die Zunahme von Armut und das Sinken der Binnennachfrage.

Die Alternative zur Verschärfung von Arbeitszwang und Existenzangst für immer mehr Menschen ist die Umkehrung dieses Trends, sind Schritte in Richtung auf ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Wir, das Netzwerk Grundeinkommen, fordern ein Grundeinkommen

- in existenzsichernder Höhe,
- als individuelles Anrecht,
- ohne in die Privatsphäre eingreifende Bedürftigkeitsprüfung und

(- ohne eine über die Prüfung der steuerlich relevanten Sachverhalte hinausgehende Bedürftigkeitsprüfung)
- ohne Arbeitszwang.

Ein solches bedingungsloses Grundeinkommen ist ausdrücklich eine "Leistung ohne Gegenleistung" und kein Lohn für Arbeit oder anderweitiges Wohlverhalten. Der Vorwurf des Leistungsmissbrauches aufgrund von Arbeitsunwilligkeit wird deshalb gegenstandslos.

Ein Grundeinkommen würde die individuelle Freiheit und Selbstbestimmung auch der Beschäftigten erheblich stärken.

Sie werden um so weniger erpressbar, je leichter sie auf existenzsichernde Transfereinkommen ausweichen bzw. Arbeitseinkommen mit existenzsichernden Transfereinkommen kombinieren können.

Politischer Druck in Richtung bedingungsloses Grundeinkommen ergänzt und unterstützt andere politische Forderungen zugunsten der Lohnabhängigen, wie Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhne, Mitbestimmungsrechte und andere ArbeitnehmerInnenrechte.

Ein Grundeinkommen würde auch dafür sorgen, dass öffentlich geförderte Beschäftigung von selbstbestimmten Tätigkeiten (und nicht von dirigistisch erzwungenen Beschäftigungsmaßnahmen) leben würde.

Alle Menschen und Gruppierungen, denen es darum geht, die Situation der am schlechtesten Gestellten zu verbessern, die die Erpressbarkeit der Lohnabhängigen verringern wollen, rufen wir deshalb zur Zusammenarbeit auf.

Anlage 3: TeilnehmerInnen

TeilnehmerInnen-Liste

Mitgliederversammlung Netzwerk Grundeinkommen am 27.11. 2005 in Berlin

Harald Rein, Anne Alex, Ingrid Wagner, Gernot Scaar, Brigitte Oehrlein, Hinrich Garms, Wolfram Otto, Peter Scharl, Dierk Szekiolda, Wolfgang Röhrig, Christian Brütt, Katja Kipping, Rainer Papsdorf, Ronald Blaschke, Olaf Michael Ostertag, Sebastian Rinas, Thomas Feldhaus, Avji Sirmoglu, Elke Zinsmeister, Georg Peltzer, Heiko Kaden (Nichtmitglied), Ragnar Schluchtmann, Ralf Engelke, Thomas Oechsle, Ingrid Hohheleitner, Wilhelm Nestle (Nichtmitglied), Detlef Spandau, Robert Ulmer, Katrin Mohr, Birgit Zenker, Ingmar Kumpmann, Günter Sölken, Markus Schlegel, Stephan Inden, Matthias Brake